

Festsitzung

des Landtages von Niederösterreich „90 Jahre Republik Österreich“

Montag, den 20. Oktober 2008

Palais Niederösterreich, Altes Landhaus, Wien 1

Inhalt:

Quintett der Polizeimusik Niederösterreich:
Georg Friedrich Händel „La Rejouissance“

Begrüßung durch Mag. Richard Grasl (Seite 131).

Rede Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll „Niederösterreichs Rolle im Spiegel der Geschichte“. (Seite 132).

Filmdokumentation

Rede Univ. Prof. Dr. Stefan Karner: 90 Jahre Republik Österreich: „Die Länder waren vor dem Staate da!“ (Seite 135).

Jeremiah Clarke „Trumpet Voluntary“

Rede Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer „Parlamentarische Demokratie heute“ (Seite 139).

Jean Joseph Mouret „Rondeau“

Rede Präsident Ing. Hans Penz „Vom Ende der Donaumonarchie bis zum Europa von heute: Die Länder als Rückgrat der Republik“ (Seite 142).

Bundeshymne

* * *

(Der Festsaal ist mit Blumen geschmückt und in rotes Licht getaucht. Hinter dem Rednerpult sind die EU-Fahne, Bundesländer-Fahnen und die Österreich-Fahne aufgestellt.)

Musikstück: Georg Friedrich Händel „La Rejouissance“
(Beifall im Hohen Hause.)

Mag. Richard Grasl *(um 19.08 Uhr)*: Mit Georg Friedrich Händel, meine Damen und Herren, beginnt der heutige Festakt anlässlich des 90. Jahrestages der ersten Nationalversammlung. Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen!

Sie sitzen übrigens exakt da, wo am 21. Oktober 1918 jene deutschsprachigen Abgeordneten getagt haben, wo sich wenige Tage vor Kriegsende, wenige Tage vor dem Thronverzicht des

Kaisers die Abgeordneten getroffen haben um die Weichen für einen neuen Start, für die Erste Republik zu stellen oder zu stellen versucht haben muss man wahrscheinlich besser sagen.

Ein historisches Datum, ein historischer Saal. Und ich freue mich, so viele Ehrengäste heute Abend hier begrüßen zu dürfen bei einer Veranstaltung der neun Landtagspräsidenten Österreichs unter dem aktuellen Vorsitz, das ist historisch wahrscheinlich auch ein schöner Zufall wenn dies hier stattfindet unter dem Vorsitz Niederösterreichs. Ich begrüße recht herzlich Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Herzlich willkommen Herr Landeshauptmann! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich freue mich, dass Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer in Vertretung von Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer gekommen ist. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich darf im Namen der Landtagspräsidenten den Gastgeber des heutigen Abends den niederösterreichischen Landtagspräsidenten Ing. Hans Penz begrüßen. Herzlich willkommen Herr Landtagspräsident! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich freue mich, dass Außenministerin Frau Dr. Ursula Plassnik und der ehemalige Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel bei uns sind. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich begrüße alle Nationalratsabgeordneten, alle Bundesräte und alle Landtagsabgeordneten von ganz Österreich, die heute hierher gekommen sind. Schön, dass Sie es hierher geschafft haben. Danke schön, meine Damen und Herren, fürs Kommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich freue mich, dass die Präsidenten der beiden Höchstgerichte, des Verfassungsgerichtshofes und des Verwaltungsgerichtshofes, hier sind. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Und, meine Damen und Herren, für die Hohe Geistlichkeit Diözesanbischof von St. Pölten DDr. Klaus Küng. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Die „Neue Freie Presse“ vom 22. Oktober 1918, das war also der Tag nach dieser Sitzung, die wir heute feiern - damals war es so, dass die Zeitungen wirklich erst am Tag danach geschrieben haben was am Tag davor passiert ist, in den letzten Wochen hat man ja schon am Abend zuvor gelesen was im Fernsehen diskutiert wird. Damals war's also so, damals hat diese Presse geschrieben, nicht auf Seite 1, die war nämlich mit einem Brief des Amerikanischen Präsidenten Wilson voll, an die deutsche Regierung gewidmet, in dem er die Bedingungen für einen Waffenstillstand angeführt hat. Nein, es war nicht Seite 1, es war ein etwas kleinerer Artikel auf Seite 2 der „Neuen freien Presse“. Und damals war zu lesen: „Der Tag ist ruhig vergangen. Der deutsch-österreichische Staat beginnt sachlich unter dem Eindruck schmerzlicher Notwendigkeiten, denen nicht mehr zu widerstehen war. Aber die äußerlichen Merkmale haben geringe Bedeutung im Vergleich mit der Tatsache, dass Vertreter von 9 ½ Millionen Menschen, eines großen, tüchtigen und durch glänzende Leistungen ausgezeichneten Volkes sich versammelt haben um eine neue Einheit zu bilden, um der gesamten Welt ihr Daseinsrecht zu verkünden.“

Damals hat die „Neue Freie Presse“ das über diese Veranstaltung geschrieben. Wenig unten liest man dann, dass das alles eigentlich nur ein Anfang war, dass noch gar nicht fix ist wie das weiter ge-

hen soll, dass erst Ausschüsse gebildet werden, ein neues Wahlrecht erarbeitet werden soll. Und dann ist es schnell gegangen. Neun Tage später, am 30. Oktober, wird wieder hier in diesem Saal die Erste Republik gegründet, Karl Renner zum 1. Staatskanzler gewählt. Und wissenschaftlich wird über diesen Tag ja gestritten. Offiziell wird ja der 12. November, der Tag nach der Abdankung Kaiser Karls angeführt. Tatsächlich werden aber verfassungsrechtlich hier die ersten Beschlüsse der Nationalversammlung, hier im NÖ Landhaus am 21. Oktober und dann vor allem am 30. Oktober, als Republikgründung angesehen.

Mehr dazu, historische Fakten und Details, werden wir heute noch in einem interessanten Vortrag hören mit dem Titel „Die Länder waren vor dem Staate da“ von Univ. Prof. Stefan Karner. Und unter der Ländern hat Niederösterreich immer wieder eine ganz besondere Rolle gespielt. Diese zu beleuchten ersuche ich nun in seiner Festrede Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. *(Beifall im Hohen Hause.)*

LH Dr. Erwin Pröll: Meine sehr geehrten Damen und Herren Präsidentinnen und Präsidenten! Geschätzte Frau Bundesministerin! Hochwürdigste Geistlichkeit! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Festgäste!

Mir kommt heute die dankbare Aufgabe zu, Sie als erster Festredner quasi im Namen des gesamten Bundeslandes Niederösterreich im Palais Niederösterreich herzlich zu begrüßen. Ich tu dies wirklich sehr gerne. Nicht zuletzt auch deswegen, weil ich gleich zu Beginn, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie bitten möchte, sich hier einmal in diesem Saal umzusehen. Der Blick hier in diesem Saal führt zunächst an die Wände und an die Decke. Sichtbar durch Fresken, die historische Motive in sich tragen, gleichzeitig auch glänzende Wände. Allerdings, man muss sagen, das ist nur der äußere Eindruck. In Wahrheit geht es einfach darum, dass wir heute über die äußere Hülle hinaus einen tieferen Blick tun, nämlich zu diesem Gemäuer, das hinter dieser Decke und diesen Wänden sich befindet.

Ich tu dies auch deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil gerade dieses Mauerwerk letztendlich der Zeuge schlechthin ist für jene Schnittpunkte einer reichhaltigen Geschichte dieser Republik. Weil dieses Mauerwerk, verehrte Damen und Herren, aber gleichzeitig natürlich auch eine Reihe von Anfangspunkten für die Geschichte, für die historische Entwicklung unserer jungen Republik darstellt.

Zwei große niederösterreichische Persönlichkeiten, so darf ich wohl sagen, mit einem unglaublich intensiven Niederösterreich-Bezug, haben am 21. November des Jahres 1918 hier als Wortführer sich dargestellt. Auf der einen Seite Dr. Miklas, ein christlich-sozialer, damals Schuldirektor des Gymnasiums in Horn, der damals Wortführer gewesen ist, der spätere Bundespräsident. Und der Zweite, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie erlauben, dass auch ich ihn als niederösterreichischen Politiker tituliere, nämlich Dr. Karl Renner, der als Abgeordneter, Sozialdemokrat, damals ebenfalls sich zu Wort gemeldet hat. Und der mit Gloggnitz, unserer Gemeinde in Niederösterreich, enge Verbindungen hatte.

Diese beiden Wortführer sind es auch gewesen, die zur damaligen Zeit einen ganz wesentlichen Eindruck und Einfluss darauf ausgeübt haben, dass die Geschichte dieser Republik letztendlich so gelaufen ist wie sie gelaufen ist.

Das eine oder andere Mal bewegt mich die Frage, was hat eigentlich die Gründerväter von damals in ihrem Tun bewegt? Wahrscheinlich ist es Vielfältiges. Heute, 90 Jahre später, können wir eigentlich nur mehr Vermutungen anstellen. Eine Vermutung ist, dass der Beweggrund damals war, einen Beitrag zu leisten um nie mehr Krieg erleben zu müssen. Ein zweiter Beweggrund mag gewesen sein die Sehnsucht nach demokratischen Strukturen nach der Monarchie. Ein dritter Beweggrund, der die Politik auch der heutigen Zeit im Wesentlichen bestimmt, einfach ein Staatsgefüge zustande zu bringen, das den Menschen Besseres bringt.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, über all die Vermutungen kommt auch eine gewisse Gewissheit, zumindest in mir selber. Nämlich dass damals Hoffnung und Zuversicht die Oberhand hatte, dass damals die Liebe zur Heimat unglaublich viel zur Motivation beigetragen hat und dass letztendlich auch der Glaube an die Zukunft ein Motivator gewesen ist um diesen Schritt zu setzen von dem wir heute noch immer entsprechend profitieren.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Begründung der Ersten Republik war zunächst einmal eine sehr positive, eine freudige Epoche unserer Geschichte. Allerdings, das Erfreuliche ist relativ rasch wieder vom Schmerzlichen abgelöst worden. Die schmerzliche Erfahrung, die in wenigen Jahrzehnten später gemacht werden musste, nämlich als der Zweite Weltkrieg über diese Republik gekommen ist, hat wahrscheinlich auch ihre Ursachen in der allgemeinen Entwicklung auf diesem Kontinent und darüber hinaus.

Die Weltwirtschaftskrise war offensichtlich stärker als die Erste Republik. Die Erste Republik war nicht stark genug um innerösterreichische Ständekonflikte bewältigen zu können. Und die Erste Republik war offensichtlich auch nicht stark genug um den Zweiten Weltkrieg verhindern zu können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, allerdings eines, und ich glaube, das kann man im Blick zurück schon sagen und konstatieren, die Erste Republik war zumindest stark genug um die Pflanze Demokratie so zu hegen und zu pflegen, dass diese Pflanze auch durch noch so starke Kriegswirren, durch Zerstörung nicht kaputt gemacht werden konnte.

Und das war letztendlich dann der nächste Schnittpunkt gerade hier auch in diesem Saal, nämlich als es darum ging, dass wiederum Gründerväter, zum Teil mit anderen Namen, die offensichtlich geprägt waren und motiviert waren durch Hoffnung und Zuversicht, mit der Liebe zur Heimat und dem Wunsch, den Menschen in dieser Republik in diesem Lande besseres zu bringen, dass diese Gründerväter damals den nächsten Schritt gesetzt haben. Einen Schritt, verehrte Damen und Herren, der heute, im Blick zurück mit Sicherheit auch als ein harter, ein schwieriger, ein herausfordernder Schritt konstatiert werden kann.

Ich möchte hier gerne bitten, dass wir ein wenig inne halten. Und zwar deswegen, weil es notwendig ist, dass wir in diesem Blick zurück auf 9 Jahrzehnte uns ein wenig heraus reißen aus dem was uns heute alle miteinander leichtfertig umgibt. Aber nicht nur uns, die wir in irgend einer Art und Weise Verantwortung tragen, sondern auf breitester Ebene ist dies offensichtlich Selbstverständlichkeit geworden. Nämlich dass alles das, was wir heute haben, alles das, was uns die Erste und die Zweite Republik an Positivem beschert hat, dass das mittlerweile tatsächlich das Selbstverständlichste auf der Welt geworden ist. Ohne dabei nachzudenken, was große Persönlichkeiten auf politischer Ebene damals riskiert haben für sich und für das Gemeinwesen. Und dass alles das, meine sehr geehrten Damen und Herren, was damals entstanden ist, unglaublich hart erarbeitet werden musste. Hart bis hin zur Gefahr für Leib und Leben.

Ich sage das deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir natürlich in der heutigen Zeit und auch in dieser heutigen Feierstunde ein wenig Revue passieren lassen was man so nennt Geschichte, jüngere Geschichte der Ersten und der Zweiten Republik. Und mit Geschichte verbindet man natürlich auch Vergangenes.

Und wenn diese Feierstunde heute einen Sinn haben soll, dann nicht mehr und nicht weniger als den, dass wir Geschichte und Vergangenheit nicht als Vergangenes betrachten, sondern dass wir gerade diese Geschichte und diese Vergangenheit von 9 Jahrzehnten als das Wichtigste und Zukunftsträchtigste auf unserem Weg nach vorne ansehen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir so überlegt, was können wir oder was sollen wir eigentlich von dieser heutigen Festfeier mitnehmen? Ich möchte es gern in drei Punkten konkretisieren und auf drei Punkte reduzieren: Das Erste ist, dass wir uns alle miteinander, wo auch immer wir Verantwortung tragen, ein Beispiel nehmen an jenen Gründervätern, die hier die wesentlichen Schritte für uns gesetzt haben. Nämlich so zu arbeiten, dass wir alles das, was wir tun, eines Tages auch als ein gutes Erbe an die nächsten Generationen weiter geben können.

Mir scheint das deswegen so wichtig, weil das viel einfacher ausgesprochen ist als praktiziert ist. Einfacher ausgesprochen als praktiziert deswegen, weil, wenn wir diesem Auftrag gerecht werden wollen, dann heißt es auf der einen Seite, Gutes und Positives zu wahren und zu bewahren. Das heißt allerdings auch auf der anderen Seite, dass wir weiter entwickeln dort, wo es die gesellschaftlichen Tendenzen und Entwicklungen der heutigen Zeit auch erfordern, Entwicklung zu forcieren.

Ich glaube, dass wir gerade als Bundesland Niederösterreich hier einen ganz wesentlichen Beitrag leisten können und geleistet haben. Nicht zuletzt auch deswegen, weil gerade dieses Bundesland auf Grund der geopolitischen Lage in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten unglaublich gefordert war. Wahrscheinlich in Einzelbereichen stärker gefordert war als andere Bundesländer und andere Regionen. Aus Not und Elend mussten wir hart arbeiten, nach jahrelanger sowjetischer Besatzung, nach jahrzehntelangem Eisernen Vorhang, dass wir aus dem damaligen Desaster im wahrsten Sinne des Wortes ein zukunftsträchtiges Land, eine zukunftsträchtige Region entwickeln konnten. Es war ein harter Weg, das wissen wir alle miteinander, von den Nachkriegswirren bis hin zum neuen Niederösterreich von heute.

Niederösterreich wird heute immer als das Kernland Österreich bedacht. Mittlerweile ist Niederösterreich auch ein Kernland Europas geworden. Wenn dann heute international und national darüber diskutiert und es für notwendig erachtet wird, dass das alte und das neue Europa so rasch als möglich zusammenwachsen soll und zusam-

menwachsen muss, dann sollten wir nicht vergessen, dieses Zusammenwachsen, das befindet sich und zeigt sich gerade hier in dieser Region, in der ehemals undurchlässigen Grenze am Eisernen Vorhang, der Gottseidank auf Grund der Gunst der Geschichte und des Willen des Herrgotts Geschichte geworden ist. Wo es allerdings auch hart darauf ankommt, dass auch wir diesseits und jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs unseren Beitrag dazu leisten, manchmal auch gegen Grenzen in den Köpfen der Menschen, ein rasches Zusammenwachsen zu forcieren. Wir tun dies aus Überzeugung. Wir tun dies, weil wir den Auftrag ernst nehmen, den ich einleitend als ersten Punkt genannt habe: So zu arbeiten, dass wir eines Tages ein gutes Erbe an unsere Kinder und Kindeskiner übergeben können in der Verantwortung gegenüber den Gründervätern der Republik.

Zum Zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, ist es notwendig, dass wir darauf hinweisen, dass der Föderalismus in dieser Entwicklung der Republik eine ganz wesentliche, konstruktive und zukunftsträchtige Grundlage geworden ist und gewesen ist. Die Bundesländer sind die Begründung des Staates Österreich und nicht umgekehrt. Das heißt aber gleichzeitig auch, der Föderalismus hat Tradition. Und das heißt gleichzeitig auch, der Föderalismus hat aus dieser Tradition heraus auch Zukunft. Allerdings auch hier möchte ich gerne einen Beitrag zur aktuellen Überlegung leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht im Zusammenhang mit dem föderalen Staat in dieser Republik nicht darum, dass wir mit allem und jedem an gegebenen Strukturen festklammern, sondern es geht darum, dass wir auf der einen Seite Bewahrenswertes des Föderalismus auch weiter bewahren. Dass wir allerdings auch den Föderalismus sehr kritisch hinterfragen, weil es nicht darum geht, Althergebrachtes in die Zukunft hinüber retten zu wollen. Es geht allerdings auch nicht darum, Modernismen, die von Zeit zu Zeit auch im politischen Gefüge Oberhand bekommen, diesen Modernismen einfach blind nachzulaufen. Eine umsichtige Weiterentwicklung der föderalen Struktur und des Föderalismus ist angesagt.

Das Dritte, das ich gerne abschließend heute noch mitgeben möchte ist, dass wir uns bei allen ideologischen Gegensätzen, bei allen unterschiedlichen Meinungen, bei unterschiedlicher Gesinnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn's das eine oder andere Mal noch so hart und so schwierig sein mag, auf das gemeinsame Ganze besinnen sollten. Im Geiste des Miteinander, vor allem auch im Geiste des gegenseitigen Respekts.

Hätten die Gründerväter der Ersten Republik dies nicht zustande gebracht, hätte wahrscheinlich die Geschichtsschreibung andere Zeilen geschrieben. Hätten die Gründerväter nicht diesen Weitblick bewiesen, dann bin ich überzeugt davon, dann wäre heute die Republik wie sie sich heute zeigt nicht die, die sie tatsächlich ist. Bei allem Für und Wider und bei allen Höhen und Tiefen der Entwicklung dieser Republik muss man dankbar sich verneigen in Respekt gegenüber jenen, die unter schwierigsten Bedingungen die Republik gegründet haben! Weil sie sich selber in den Hintergrund gestellt haben, das gemeinsame Ganze hoch gehalten haben und auf diese Weise eine gute Grundlage für ein Gemeinwesen geschaffen haben, von dem unsere Vorfahren genauso wie wir heute, und wie ich hoffe auch diejenigen, die hinter uns kommen, noch sehr viel profitieren werden.

Eigentlich habe ich abschließend nur einen Wunsch, gerade hier in diesem Haus und in diesen Räumlichkeiten dieses Hauses. Ich habe den Wunsch, dass kommende Jahre und Jahrzehnte nicht so hart geprüft sein mögen in der Entwicklung der Zweiten Republik wie die ersten 90 Jahre phasenweise geprüft wurden. Ich habe den Wunsch, dass uns der Herrgott umsichtig begleitet, wenn es darum geht, Schritt für Schritt an das Werk der Gründerväter anzuschließen. Umsichtig anzuschließen um auch eines Tages ein gutes Erbe, das wir übernommen haben, weiter geben zu können.

Einen herzlichen Dank fürs Kommen! Einen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Und ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns gemeinsam noch einige schöne Stunden hier an diesem historischen Ort. *(Beifall im Hohen Hause. – Es folgt ein Filmvortrag. – Beifall im Hohen Hause.)*

Mag. Richard Grasl: „Die Länder waren vor dem Staate da“. Den Titel des Vortrages von Univ. Prof. Dr. Stefan Karner habe ich schon genannt. Bevor ich ihn aber ans Rednerpult bitten möchte: Jetzt haben wir so viel in die Vergangenheit geblickt und so viel über die Bedeutung der Länder in den letzten Jahrzehnten gehört, dass ich die Altlandeshauptmänner und die ehemaligen Landtagspräsidenten, die ebenfalls zu uns gekommen sind, herzlich bei uns begrüßen darf. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Zwei Sätze nur zu Stefan Karner, weil es, glaube ich, in diesem Kreis gar nicht notwendig ist, ihn vorzustellen. Die meisten von Ihnen kennen ihn. Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung. Hier in Niederösterreich hat er zu-

letzt eine erfolgreiche Ausstellung auf der Schallaburg gestaltet „Österreich ist frei“ und konzipiert derzeit die kommende Landesausstellung in Horn, in Telč und in Raabs mit dem Titel „Österreich – Tschechien, geteilt, getrennt, vereint“. Er ist zuletzt durch zwei international sehr, sehr beachtete Bände über den Prager Frühling, die er herausgegeben hat, aufgefallen. Und derzeit natürlich ganz aktuell und weil es auch zu diesem Thema passt, der Gestalter der Ausstellung im Parlament, der Republik-Ausstellung, die am 12. November eröffnet wird. Herr Professor Karner, ich darf Sie um Ihren Vortrag bitten. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Univ. Prof. Dr. Stefan Karner: Hohe festliche Versammlung!

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung. Es ist mir eine besondere Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu können, ein paar Worte aus diesem heutigen Anlass sagen zu dürfen.

Meine Damen und Herren! 1918, der Film hat es schön gezeigt, der Erste Weltkrieg geht zu Ende. Die Monarchie, die österreich-ungarische Monarchie zerfällt. Sie zerfällt aus verschiedenen Gründen, die kennen Sie zum Großteil, in Nachfolgestaaten. Und einer davon, einer dieser Nachfolgestaaten ist – wir haben es eben gesehen – die Republik Deutsch-Österreich. Ich nenne nur noch zwei, weil auch schon einer davon angesprochen wurde, die Tschechoslowakische Republik, die am 29. Oktober gegründet wurde. Oder der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben in dieser Reihenfolge. Eineinhalb Monate war er in dieser Reihenfolge, bevor diesen Staat Serbien dann geschluckt hat und dann hieß es Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Genau umgekehrt. Das nur so nebenbei.

Relativ schnell in wenigen Wochen haben sich auf dem Gebiet der Monarchie Staaten neu konstituiert. Was das heißt ist heute fast unvorstellbar. Nicht nur dass Verfassungen geschrieben werden mussten. Nicht nur dass die Verwaltungen umgestellt werden mussten. Nicht nur dass mit dem riesen Hungerproblem, mit dem rückflutenden Militär, mit den neuen Grenzen, mit allem umgegangen werden musste. Man musste vor allem in diese Staaten den Glauben an sich selber einimpfen. Das war wahrscheinlich da und dort, aber ganz sicher in Österreich, das Schwierigste.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ein starkes Zeichen der österreichischen Bundesländer, dass man heute hier auf diesem historischen Boden diesen, ich sage dazu, ersten Geburtstag unserer Republik begeht. Und es ist ein

starkes Zeichen der Klammer zu den Gründervätern, von denen der Herr Landeshauptmann gesprochen hat. Und es ist ein starkes Zeichen des österreichischen Föderalismus.

Meine Damen und Herren! Sie werden in den nächsten Wochen oft, nehme ich an, in vielen Reden und auch in Beiträgen die eingefahrenen Geleise der österreichischen Zeitgeschichte befahren. Das wird in den nächsten Wochen so sein. Heute daher möchte ich einen kleinen, vielleicht wenig oder zu wenig beachteten Spot werfen und legen auf die Länderdebatte, auf die Föderalismusdebatte in diesen ersten Monaten, in den ersten zwei Jahren dieses jungen österreichischen Staates. Und ich warne schon jetzt, vieles wird spröde sein. Vieles wird auch auf den ersten Blick unklar sein. Man kennt das eigentlich so gar nicht. Ich habe mir aber gedacht, dass ich gerade heute Ihnen das dennoch vielleicht näher bringen möchte.

Vor 90 Jahren, wir haben es gehört, hier im Landhaus der Niederösterreichischen Stände, die Konstituierung der Nationalversammlung Deutsch-Österreichs. Wir haben auch von den Gründervätern gehört. Und neun Tage später, wiederum hier, am 30. Oktober ... Vergessen wir nicht: Parallel dazu etwa an der Südfront, an der italienischen Front, da wird gekämpft, da fallen viele, viele österreichische Soldaten, italienische Soldaten. Wenige Tage nach diesem 30. gehen 300.000 Österreicher in italienische Kriegsgefangenschaft und so weiter.

Also an diesem 30. Oktober, neun Tage später, wird ebenfalls hier in diesem Festsaal ein Staat gegründet, dessen Umfang und dessen Befugnisse noch niemand gekannt hat. Das ist der zweite Geburtstag, auch hier. Also der erste Geburtstag hier, der zweite Geburtstag hier. Was vorerst aber bestehen geblieben ist, was die Kontinuität zwischen Monarchie und der Republik dargestellt hat, das waren die Länder. Die Länder waren schon da als es den Staat noch nicht gegeben hat! Dasselbe galt für die Parteien und gilt für die Parteien. Nur nebenbei.

Und die Länder haben jetzt eingefordert 1918, Ende Oktober, eingefordert, was ihnen der absolutistische Staat nicht gegeben hat und vielleicht auch nicht geben konnte. Nämlich mehr Eigenständigkeit in diesem neuen Staat. Das war ihr Wunsch, das war ihre Forderung. Einen Raum zu schaffen für den Föderalismus.

Die im NÖ Landhaus hier in diesem Raum versammelten Vertreter aus Niederösterreich, aus der Steiermark, aus Tirol, aus Kärnten und aus Salzburg hielten es für wichtig, Zitat: „... dass die Siche-

rung des Bestandes der autonomen Landesverwaltungen als gelebte, in der Bevölkerung wurzelnde Institutionen betont wurde.“ Denn noch bevor der neue Staat die Republik Deutsch-Österreich formell am 12. November von der Rampe eben des Parlaments proklamiert worden ist, hatte sich in allen damaligen Ländern, das Burgenland gab es noch nicht und Wien gehörte noch zu Niederösterreich, hatte sich in diesen Ländern die Wende zum neuen System bereits vollzogen gehabt. Ähnlich wie wir das auch 1945 haben. Das heißt, die Länder sind schneller als der Bund, sind schneller als der Staat!

Überall waren auf Basis der alten Landtage Landesversammlungen, Ausschüsse, Landeskommissionen, Regierungen, ja Landeshauptmänner, noch nicht so genannt, eingesetzt worden. Ein paar Wochen später heißen sie auch schon Landeshauptmänner. Und als Subjekte, Quasi-Subjekte, gaben sie schließlich Beitrittserklärungen ab zur neuen Republik, und ermöglichten so, wir haben es auch im Film gesehen, die Gründung der neuen Republik. Das heißt, die Länder geben ein Stücklein ab von sich und geben es in das gemeinsame Ganze. Das dürfen wir nicht vergessen in diesem Zusammenhang. Und das ist das, was die Länder hier eingebracht haben und weshalb sie diesen Staat jetzt quasi auf ihre Schultern genommen haben. Nicht nur jetzt in der Verfassung und so weiter, sondern auch im täglichen Leben. Wir werden gleich hören.

Und Karl Renner - von dir Herr Landeshauptmann, hier so prominent genannt, zu Recht - bemerkte - er hatte einen eher trockenen Humor gehabt, der Karl Renner -, bemerkte auch mit der ihm eigenen Ironie wenn er auf die Länder blickte, Zitat: „Dass unsere so selbstbewussten Bundesländer“ - meinte er jetzt - „dass unsere so selbstbewussten Bundesländer vordem die bescheidenen Länder der Krone genannt wurden.“

Also früher, Jahrzehnte lang, unterm Kaiser waren es nur die Kronländer. Aber jetzt wollen sie auf einmal so viel haben. Und da sehen Sie schon, da kommt es jetzt zu Reibeflächen. Die christlich-sozialen Abgeordneten forderten Ende Februar 1919 eine Stärkung der Länderrechte. Sie forderten mehr Föderalismus, wissend, dass der Föderalismus zwei Grundtendenzen vereint. Nämlich einerseits die Eigenständigkeit und andererseits die Integration. Grundtendenzen, die miteinander geradezu dialektisch im Widerspruch stehen und daher ständig auch dynamisch sind.

Tatsächlich füllten die Länder bzw. ihre Regierungen das Eigenständigkeits- und Identitäts-

vakuum aus, das beim Übergang von der Monarchie zur Republik entstanden war. Ein paar Beispiele: Renners erster Verfassungsentwurf vom Oktober 1918 galt zunächst, jetzt werden Sie schauen, einem Freistaat Südostdeutschland. Als 1919 die Alliierten den Namen „Deutsch-Österreich“ ablehnten, dachte der Staatskanzler Renner an den Namen „Republik der Alpenlande“. Und begründete dies auch entsprechend, dass eben die Sudetendeutschen nicht mehr dabei sind, sondern nur mehr, wie er sagte, die „Alpendeutschen“.

Oder, dann kamen andere Staatsbezeichnungen in Umlauf. Etwa, was heute völlig unbekannt ist, „Hochdeutschland“ oder „Donaugermanien“ oder „Deutsches Friedland“. Heinrich Lammasch, der letzte Ministerpräsident des Kaisers, hat überhaupt den Namen kreiert „norische Republik“. Und zwar, komplementär zur helvetischen, eidgenössischen Republik sollte Österreich, wenn es nach ihm gegangen wäre, „norische Republik“ heißen.

Sie sehen also, da war durchaus sehr, sehr viel Interessantes auch an Gedankengut damit verbunden. Hans Kelsen, Mitschöpfer der österreichischen Bundesverfassung, schrieb über Österreich von einem – Zitat: „Gemeinwesen, das jedes inneren Sinnes, jeder politischen Idee entbehrt.“ – Zitatende.

Noch drastischer Otto Bauer, der meinte, Deutsch-Österreich sei nichts als – Zitat: „der Rest der vom alten Reich übrig geblieben ist, nichts als ein loses Bündel auseinander strebender Länder.“ Was war denn wahr dran? Da war auch was Wahres dran! Das war nicht nur so dahin gesagt. Wie etwa in Tirol, das den Verbleib Südtirols durch Proklamierung einer unabhängigen, neutralen Republik Tirol zu retten suchte.

Ich habe schon gesagt, die Länder trugen die Hauptlast der Verwaltung der gesamtstaatlichen Regierungsverantwortung, besonders aber auch bei den Friedensverhandlungen in Paris. Die Ländervertreter waren eine Kerngruppe in Paris gewesen. In der Zeit der Verfassungsdebatte 1919 und 1920 sank die revolutionäre Stimmung in Österreich langsam in sich zusammen. Und damit schwand die Furcht vor einer Revolution im bürgerlichen Lager. Jene, die den stark zentralistisch eingestellten Sozialdemokraten nachgaben, wurden mehr. Die Länder hatten vieles von dem, was dem neuen Staat abging. Einen Namen hatten sie, sie hatten eine Identität, sie hatten ihre Geschichte, sie hatten Kontinuität und sie hatten ein relativ funktionierendes Gemeinwesen. Und, was ganz wichtig war, sie hatten auch eine politische Idee. Eine generell stärkere Anti-Wien-Orientierung war etwa so

eine politische Idee, die mitunter auch in Aversion, auch gegen den neuen Staat, ausgeartet ist.

Dazu kamen die verwurzelten Ressentiments auch gegen die Sozialdemokratie. In Salzburg sagten sich sogar die Kommunisten von Wien los. Dass die Anti-Wien-Stimmung mitunter quer auch durch die Parteien und durch die Länder ging, zeigt etwa das Beispiel Niederösterreich. In Niederösterreich hatte man damals, wenn ich nur das Land herausnehmen darf, man könnte jetzt jedes, Kärnten, Tirol, Steiermark, und jedes ist für sich spannend, aber in Niederösterreich, weil wir hier auf niederösterreichischem Boden sind und weil es ein Kernland ist, in Niederösterreich gab es im Wesentlichen drei Problemkreise, sieht man von allen anderen, die überall waren, ab. Nämlich Aufbau einer Landesverwaltung, die Gebietsfragen und die Teilung des Landes. Die Gebietsfragen, Stichwort Mähren. Soll Mähren dazu kommen oder Südmähren und so weiter. War eine lange Geschichte. Aufbau der Landesverwaltung, das übergehe ich jetzt. Ich möchte nur zur Teilung Niederösterreichs in zwei Bundesländer etwas sagen, weil das ja auch Wien unmittelbar betrifft. Betreiber dieser Teilung waren der agrarische Flügel der niederösterreichischen Christlich-Sozialen, weil sie nicht ständig von Wiener Interessen majorisiert werden wollten, wie sie sich immer wieder ausgedrückt haben.

Und Betreiber der Teilung war auch der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Jakob Reumann, der sich voll auf Wien konzentrieren wollte und nicht immer mit den Niederösterreichern hier agieren wollte. Gegner einer Teilung Niederösterreichs waren auch da, quer durch die Partei, der schon genannte Christlich-Soziale, einer der Gründerväter der Christlich-Sozialen, Leopold Kunschak, der sich fürchtete, in Wien politisch bedeutungslos zu werden. Das hat er nahezu bei jeder Rede in diesem Zusammenhang erwähnt.

Gegner einer Teilung waren auch die Verfechter einer Verbindung Wiens mit den Industriezonen an der Südbahn. Entscheidend für die Trennung Wiens oder Heraustrennung Wiens von Niederösterreich war jedoch die Meinung und die Stimmung der anderen Bundesländer. Und in den Länderkonferenzen wurde diese Trennung vorbereitet. Und weil ich heute gefragt wurde, am 1.1.1922 wurde Wien dann ein eigenes Bundesland und von Niederösterreich abgetrennt.

Das war eine ganz wesentliche Idee. Eine zweite, ganz wesentliche Idee, die allen Bundesländern oder Ländern eigen war, war ein starkes Streben nach Eigenständigkeit. Was eben auch im

Föderalismus drinnen ist. Dieses starke Streben nach Eigenständigkeit bis hin zum Partikularismus. Das Beispiel Tirol habe ich schon angeführt. Aber Sie kennen alle die anderen Beispiele, etwa von Salzburg. In Salzburg regten die Deutsch-Freiheitlichen den Freistaat Salzburg an. „Zumindest jedoch eine alpenländische Republik auf kantonalen Basis unter möglicher Ausschaltung von Wien.“ Zitatende.

In der Steiermark war man auf die Wiener böse weil man sich vernachlässigt fühlte im Kampf an der steirischen Südgrenze gegen die Slowenen. Zitat: „Kärnten den Kärntnern, nicht den Laibachern und nicht den Wienern, nicht den Serben und nicht den Berlinern.“ Zitatende. Das war das Hauptplakat der Kärntner Eigenständigkeitsbewegung in der Kärntner Republik. Und das ist bemerkenswert: In der Kärntner Republik sollten aber Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung gleichberechtigt zusammen leben.

Die partikularischen Strömungen der Bundesländer gipfelten vielfach in Anschlussbewegungen. Darauf möchte ich hier nur kurz replizieren: Vorarlberg 80 Prozent für den Anschluss an die Schweiz. Die waren die Ersten am 11. Mai 1919. In Tirol war man zuerst für eine eigene Republik Tirol eingetreten, wie ich schon gesagt habe, hatte sich aber nach der Abtrennung von Südtirol in Saint-Germain 1921 doch mehrheitlich, und zwar, was heißt mehrheitlich, mit 98 Prozent für einen Anschluss an Deutschland ausgesprochen. Ähnlich auch dann in Salzburg, wo ebenfalls 98 Prozent für den Anschluss an Deutschland gestimmt haben.

Auch hier wog der Anti-Wien-Komplex. Selbst im österreichischen Kernland Niederösterreich weigerten sich einzelne Bezirke, ihre Lebensmittelvorräte an das hungernde Wien abzuliefern. In der Steiermark war die Situation sehr ähnlich. 1919 sprach sich der Grazer Gemeinderat einstimmig für den Anschluss an Deutschland aus. Und der steiermärkische Landtag nahm für den Anfang Juli 1921 eine Volksabstimmung über einen Anschluss an Bayern in Aussicht. Das führte zum Rücktritt der Regierung Michael Mayr, die sich ausdrücklich gegen die steirischen Pläne ausgesprochen hatte.

So wie in Salzburg waren auch in der Steiermark die Sozialdemokraten für den Anschluss an Deutschland angetreten, wie überhaupt die Sozialdemokratie bis 1933, bis also zu ihrem neuen Parteiprogramm, wo sie den Anschlussparagrafen herausgenommen haben, nach der Machtergreifung Hitlers, die Anschlusspartei in Österreich neben den Großdeutschen gewesen ist. Otto Bauer ist von seiner Funktion als Außenminister zurück

getreten, weil in Saint-Germain der Anschluss verboten wurde. Renner hat dann das Außenamt übernommen.

Die Anschlussfrage dominierte auch die Verfassungsfrage. Renner sah 1919 einen Ausweg im Schweizer Modell. Zitat von Renner: „Wenn wir ganz allein bleiben, dann glaube ich, dass doch das Muster der Schweiz für uns das beste sein dürfte.“ Zitatende. Für die Länder war die Schweizer Bundesverfassung 1919 aber fast eine Waffe in der Hand gegen Wien, auch gegen das rote Wien geworden.

Zwei Verfassungsentwürfe von 1919 enthalten wesentliche und bewusste Anleihen bei der Schweizer Verfassung. Wir kennen kaum den christlich-sozialen Verfassungsentwurf vom Mai 1919, an dem der Vorarlberger Josef Sigmund als christlich-sozialer Klubsekretär wesentlich beteiligt war. Aber wir kennen auch kaum den Tiroler Verfassungsentwurf vom Herbst 1919. Doch, meine Damen und Herren, die Länder, obwohl in vielem stark und auch tonangebend, setzten sich gegenüber dem Zentralstaat nicht oder nur teilweise durch.

Das Österreichische Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 war wesentlich zentralistischer gestaltet als dies den ursprünglichen Wünschen aus manchen Ländern oder gar dem Schweizer Modell entsprochen hätte. Dennoch hat die republikanische Verfassungsstruktur Österreichs gegenüber der Monarchie eine Stärkung und Verlebendigung des politischen Lebens der Länder gebracht und damit zu einer föderalistischen Komponente des Österreichbewusstseins der Gegenwart geführt. In der föderalistischen Verfassungsstruktur der Republik sah übrigens Seipel ein wichtiges Hindernis für die Anschlussbestrebungen in den Ländern einen Schutz- und einen Abwehrschirm. Das ist ein sehr interessanter Gedanke, den Ignaz Seipel hier verfolgt und den er immer wieder geschrieben hat. Denn das fundamentale Dilemma lag in der Interdependenz, in der Wechselwirkung von Anschlussfrage und Föderalismus.

Der Bundesstaat Österreich, der sich dem größeren Bundesstaat der Weimarer Republik anschließen wollte, würde schließlich entweder die Identität seiner Länder opfern, oder die Identität des Staates aufgeben. Das erste war bis Ende der zwanziger Jahre nicht denkbar. Die Identität der Länder aufzugeben war absolut undenkbar! Die Schwächung der Länderinteressen in der Verfassungsnovelle 1929 und besonders auch in der Ständeverfassung 1934, wo die Länder noch einmal zurückgestuft wurden, haben die innere Ab-

wehr gegenüber einem Anschluss jetzt an das nationalsozialistische Deutschland auch auf dieser Flanke geschwächt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Zweiten Republik hat man Fehler der Ersten Republik zu vermeiden versucht. In der Zweiten Republik konnte der Föderalismus stärker entwickelt werden. In diesem Saal hier wurde am 24. September 1945 die Republik, die Zweite Republik Österreich noch einmal gegründet. In diesem Saal trafen sich die Ländervertreter auf Augenhöhe mit den Vertretern des Bundes. Das war das Entscheidende! Hier in diesem Saal hat man die Basis gelegt für diese Zweite Republik. Die Basis des Föderalismus, von Eigenständigkeit und von Integration. Im Wesentlichen ging es nämlich auf beiden Seiten um die Schaffung einer Vertrauensbasis, um die Schaffung von Vertrauen. Und lassen Sie mich mit diesem Gedanken schließen: Meiner Meinung nach ist Vertrauen, wechselseitiges Vertrauen das Codewort damit man diese Antipoden im Föderalismus, Eigenständigkeit und Integration, zusammenführen kann. Denn dann sind Eigenständigkeit und Integration keine gegensätzlichen Paare mehr. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Musikstück: Jeremiah Clarke „Trumpet Voluntary“

(Beifall im Hohen Hause.)

Mag. Richard Grasl: Danke schön! Meine Damen und Herren! Jetzt darf ich Ihnen diese fünf jungen Männer vorstellen: Das ist das Quintett der Polizeimusik Niederösterreich, das uns musikalisch heute verwöhnt. Danke schön! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Danke schön auch Herr Prof. Karner für diesen interessanten Vortrag. Ich habe mir ein paar Sätze aufgeschrieben, weil sie wirklich auch ein paar zum Schmunzeln gebracht haben, habe ich gesehen: Die Steirer sind oft anderer Meinung als die Niederösterreicher, aber wenn es gemeinsam gegen Wien geht, dann geht's dann doch wieder. Und Kärnten den Kärntnern. So lebendig kann Geschichte sein, meine Damen und Herren. So lebendig ist aber auch die Demokratie derzeit. Es gibt, auch wenn Vieles von dem was wir vorher gehört haben vielleicht jetzt schon als selbstverständlich gilt, auch viele demokratische Fragen, die derzeit behandelt werden. Mehrheitswahlrecht ist in den letzten Wochen immer wieder diskutiert worden nach der vergangenen Legislaturperiode. Stärkung der Minderheitenrechte im Parlament. Spannende demokratische Fragen, deren sich eine, und zwar unsere nächste Festrednerin, immer mit großer Be-

hutsamkeit angenommen hat. Vor zehn Tagen hat sie erst eine Enquete zum Thema „Mehrheitswahlrecht“ im Parlament gegeben. Ihr nun folgender Vortrag lautet: „Parlamentarische Demokratie heute.“ Begrüßen Sie mit mir, meine Damen und Herren, folgende Rednerin: Erste Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren! Frau Bundesministerin! Herr Landeshauptmann! Vor allen Dingen darf ich sagen, liebe Frau Präsidentin Orthner, sehr geehrte Landtagspräsidenten!

Ich freue mich wirklich sehr, eingeladen worden zu sein, hier auch sprechen zu dürfen. Nicht nur weil ich Präsidentin des Nationalrates bin, sondern vor allen Dingen auch deswegen, weil meine Wurzeln die föderalen sind, nämlich im Oberösterreichischen Landtag. Damals wurden wir gemeinsam, Frau Präsidentin Orthner, die Erste Präsidentin, ich die Zweite Präsidentin. Wir hatten eine spannende Zeit. Und ich habe mir sehr viel von damals mit in die Bundespolitik genommen. Und eines darf ich auch noch sagen: Es ist auch mein Kollege, Herr Bundesratspräsident Weiss hier. Und ich möchte ihn natürlich auch namentlich erwähnen und besonders begrüßen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Zunächst lassen Sie mich bitte die besten Grüße des Herrn Bundespräsidenten übermitteln, der mir auch in einem Schreiben mitgeteilt hat, dass er der heutigen Veranstaltung gutes Gelingen, spannende Referate wünscht und vor allen Dingen auch bedauert, dass er nicht selbst hier sein kann. Bitte nehmen Sie sein Bedauern entgegen und seine besten Grüße ebenfalls.

Meine Damen und Herren! Heute erinnern wir uns an den 21. Oktober 1918, an das Zusammen-treten der provisorischen Nationalversammlung an diesem historischen Ort. In Österreich ist dieser Tag eingebettet, heuer eingebettet in eine Vielzahl von historischen Daten, auf einige wurde ja bereits in den Vorreden eingegangen, die an die Entstehung, an die Entwicklung, aber auch an die Brüche der österreichischen Demokratie erinnern.

Es sind dies alles Ereignisse, die Staat und Verfassung, die die Politik und die Gesellschaft Österreich geprägt haben und bis heute prägen. Ich halte die Auseinandersetzung mit der Geschichte deshalb für so wichtig, weil sie uns lehrt, dass Parlament und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind und dass sie immer wieder neu verteidigt wer-

den müssen. Und wenn ich von Parlament spreche, dann lassen Sie mich hier ausdrücklich auch erwähnen, dass ich damit den Nationalrat meine, den Bundesrat meine und die neun Landtage meine.

Lassen Sie mich aus dem heutigen Anlass einige Gedanken zu den Werten der Demokratie und zur Bedeutung des Parlamentarismus insgesamt darlegen. Zunächst muss uns bewusst sein, dass jede Gesellschaft von einem permanenten Wechselspiel unterschiedlicher Interessen geprägt ist. In diesen Unterschieden, diesen sozialen, politischen und ökonomischen Interessen lag und liegt die Grundlage von Konflikten. Und das Wort „Konflikt“ ist heute auch schon mehrfach in den Mund genommen worden.

Und da sind Demokratie und Parlamentarismus die beständige Grundlage dafür, dass diese Konflikte, diese System immanenten, diese Gesellschafts immanenten Konflikte friedlich ausgetragen werden können. Konflikte, sehr geehrte Damen und Herren, sind in einer Demokratie grundsätzlich nichts Negatives. Sie sind im Kern das legitime und notwendige Darlegen von Für und Wider inhaltlicher Positionen.

Die parlamentarische Demokratie wird diese Auseinandersetzung nicht negieren - ich hoffe es und erwarte es – sie nicht ausschließen und nicht zu unterdrücken suchen. In ihr alleine können die unterschiedliche Interessen in breiter Öffentlichkeit, Transparenz und unter gleichen Voraussetzungen für eine Partizipation aller in Konkurrenz treten. Im Widerstreit dieser Interessen einen Ausgleich zu finden ist oft schwierig, das wissen wir alle. Die Ergebnisse stellen häufig Kompromisse dar und die Kompromisse sind, wenn man so will, ja auch das Wesen der parlamentarischen Demokratie. Aus meiner Sicht sind die Schwierigkeiten dieses Entscheidungsfindungsprozesses nicht immer mit fruchtlosem Streit gleichzusetzen. Ich halte in diesem Zusammenhang auch den Begriff „Streit“ für falsch.

Vielmehr ist das Scheuen der Konflikte, das Ausblenden gesellschaftlicher Gegensätze, das als Ausdruck antidemokratischen Gedankengutes zu werten ist, das genau was wir bekämpfen sollten und auch sichtbar machen sollten. Die Vergangenheit ist voller Beispiele, wie solche Kräfte mit Zensur und Gewalt gegen den Pluralismus vorgegangen sind. Beispiele wie die Pluralität und die Unterschiede in den sozialen, politischen und ökonomischen Interessen innerhalb einer Gesellschaft ausgeblendet und negiert wurden. Und sie hat schließlich auch gezeigt, wohin das Phantasma einer konfliktfreien Gesellschaft führt und wohin es führt,

wenn Konflikte nicht friedlich in einem frei gewählten, vom Volk legitimierten Parlament ausgetragen werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stimmen derer, die die Demokratie im Umbruch sehen, nehmen in ganz Europa zu. Der Umbruch wird vor allem darin gesehen, dass das Interesse an demokratischer Mitgestaltung schwindet, dass das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker, aber auch in Institutionen sinkt und dass bei vielen die Überzeugung zunimmt, kaum oder keine politische Gestaltungskraft zu haben.

Wenn aber die Sinnhaftigkeit der Teilhabe an den elementaren demokratischen Prozessen in Frage gestellt wird und die Kompetenz der Politik, Antworten und Lösungen zu finden, in Zweifel gezogen wird, wenn das Parlament als „untätige Quatschbude“ – das ist ein Wort, das des Öfteren auch in der Öffentlichkeit gefallen ist – verunglimpft wird, wenn es als willenloses Organ des Abnickens und Durchwinkens abgestempelt wird, dann, meine Damen und Herren, vor allen Dingen liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir aufgerufen, dies nicht unwidersprochen hinzunehmen. Dann müssen wir diesem Vertrauensverlust begegnen!

Ein Vorschlag, der in diesem Zusammenhang häufig vorgetragen wird, besteht darin, und gerade vorhin ist davon die Rede gewesen, das Wahlsystem in Österreich grundlegend zu ändern. Vielerorts werden damit große Hoffnungen verbunden. Manchmal scheint es sogar, als würde eine Änderung des Wahlrechts ausreichen um nicht nur die Probleme, die es in unserem politischen System zweifelsohne gibt, zu lösen, sondern auch die Politikverdrossenheit zu beseitigen. Ich frage mich aber, welches Bild von Politik hinter diesen Erwartungen denn wirklich auch steht. In der öffentlichen Auseinandersetzung und auch in den Aussagen vieler Politikerinnen und Politiker dominiert oft der Wunsch nach klaren Verhältnissen und eindeutigen Regierungsauftrag. Damit bewegt sich die Debatte aber weg vom Parlament und den Interessensgegensätzen und der Konsenssuche, für die es steht, hin zu einer klaren Dominanz der Regierung, die rasch agieren und entscheiden soll – das ist grundsätzlich ja auch wichtig und notwendig. Ich frage mich aber auch, ob damit, wenn auch auf den ersten Blick vielleicht gar nicht so klar, eine sehr deutliche Kritik an der parlamentarischen Demokratie generell ausgeübt wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs auf den Wert der Auseinandersetzung in einer Demokratie und damit zusammenhängend auf die Bedeutung der parlamentarischen Austragung von

Konflikten und der Suche nach Konsens hingewiesen, auch auf der Suche nach Kompromiss, hingewiesen. Ich möchte dazu den Herrn Bundespräsidenten zitieren, der einmal geschrieben hat: „Das Besondere an der Demokratie ist, dass sie Instrumente dafür kennt, wie man Gegensätze einigermaßen fair und vor allem nach allgemein anerkannten Spielregeln austragen kann.“ Die Kunst der Demokratie, und ich glaube, dass man da durchaus den Begriff „politisches Kunstwerk“ verwenden kann, besteht eben darin, Gegensätze so auszutragen, dass man den vielschichtigen Ausdruck von der politischen Kultur mit Recht verwenden darf. In diesem Ansatz liegt meiner Überzeugung nach der Kern des Verständnisses von Parlament und Demokratie, der insbesondere in der politischen Bildung stärker zum Ausdruck kommen muss. Hier tragen wir alle eine große Verantwortung, im privaten Umfeld, in den Familien, in den Schulen, in der Politik, im öffentlichen Leben. Hier tragen aber auch die Medien ihre Verantwortung. Denn wir alle kennen die Bilder, die häufig von der Tätigkeit der Abgeordneten und von der Politik insgesamt gezeichnet werden.

Ich glaube, dass die Berichterstattung vom politischen Geschehen eine große Rolle dahingehend einnimmt, welches Verständnis die Menschen von unserer Demokratie gewinnen. Und ich glaube auch, dass damit eine besondere Sensibilität und vor allen Dingen auch eine differenzierte Herangehensweise einhergehen sollte und auch gefordert sein muss.

Sehr geehrte Damen und Herren! Demokratie, Menschenrechte, politische Kultur, das sind keine Phrasen, sondern Maßstäbe und Errungenschaften, die zu erhalten das Engagement jeder Politikerin und jedes Politikers, jeder Bürgerin, jedes Bürgers, voraussetzt. Deshalb war es mir ein besonderes Anliegen, im Parlament ein innovatives Projekt, die Demokratiewerkstatt, einzurichten. Sie ist Ergebnis und Kern unserer Bemühungen, schon den jungen Menschen in unserer Gesellschaft ein grundlegendes Verständnis für das Zusammenleben und die Partizipation an Entscheidungen in einer demokratischen Gemeinschaft zu vermitteln.

Seit der Öffnung im Oktober 2007 haben bereits mehr als 8.000 Kinder und Jugendliche das breite Angebot an Workshops zu Kenntnissen über parlamentarische Strukturen, Medienkompetenz sowie Bedeutung und Sinn demokratischer und parlamentarischer Auseinandersetzung absolviert. Und gerade vor dem viel diskutierten Hintergrund der Wahlaltersenkung sehe ich darin eine besondere Verantwortung.

Ich freue mich auch sehr, dass wir auch im Laufe dieses Jahres bereits zu einem Gespräch zusammen kommen konnten. Einige Landtagspräsidenten, Landtagsdirektoren, auch die Landeschulratspräsidenten waren eingeladen, um einerseits das Projekt Demokratiewerkstatt kennen zu lernen. Und ich habe vom positiven Feedback mitgenommen, dass großes Interesse darin besteht, diese Demokratiewerkstatt nicht nur im österreichischen Parlament stattfinden zu lassen, sondern auch unter Umständen in den Landtagen zu implementieren.

Ich halte das für ein spannendes und für ein wichtiges Projekt und eine große Herausforderung, den Kindern, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, politische Bildung an einem anderen Ort als in der Schule vermittelt zu bekommen. Ich glaube, es hat eine andere Qualität. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, auch politische Prozesse verstehen zu lernen. Und ich bin überzeugt davon, dass das, weil viel auch von unseren Gründervätern vorhin die Rede war, etwas ist, das wir heute, jetzt und hier den jungen Menschen für die Zukunft mitgeben müssen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen noch einmal für die Einladung. Bedanke mich fürs Zuhören und bin fest davon überzeugt, dass es keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie gibt und wir alles daran zu setzen haben, diese auch in Zukunft zu stärken. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Musikstück: Jean Joseph Mouret „Rondeau“

(Beifall im Hohen Hause.)

Mag. Richard Grasl: Niederösterreich, meine Damen und Herren, Niederösterreich hat im zweiten Halbjahr 2008 den Vorsitz der Präsidentenkonferenz der Landtagspräsidenten inne. Und es war dem NÖ Landtagspräsidenten Ing. Hans Penz ein Anliegen, diese Veranstaltung hier in diesem historischen Ort durchzuführen. Aber nicht nur das. Morgen gibt's in Klosterneuburg, also am eigentlichen Tag, am 21. Oktober, gibt's in Klosterneuburg auch ein Arbeitstreffen der Landtagspräsidenten. Und es wurde anlässlich dieses 90-jährigen Jubiläums auch eine eigene Festschrift aufgelegt. Von dieser Festschrift möchte ich Ihnen dann aber gleich nach dem Referat des Landtagspräsidenten von Niederösterreich etwas mehr erzählen.

„Vom Ende der Donaumonarchie bis zum Europa von heute: Die Länder als Rückgrat der Republik“ heißt sein Vortrag. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident Ing. Hans Penz, um Ihren Festvortrag bitten. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Landtagspräsident Ing. Hans Penz: Festlich Versammelte!

Wir haben im Rahmen dieser Festsitzung schon sehr viel gehört und gesehen was an diesem denkwürdigen Tag vor 90 Jahren hier in diesem Raum besprochen und beschlossen wurde. Liest man das Protokoll über diese Sitzung, so muss man sich schon zunächst die Frage stellen: Ist dieses Ereignis wirklich ein Anlass zum Feiern? Denn in den Reden so mancher Abgeordneter, die damals in diesem Saal das Wort ergriffen haben, klingen nur allzu deutlich die Zweifel an der Lebensfähigkeit eines österreichischen Staates durch.

Zu unwahrscheinlich, ja sogar unmöglich schien es vielen damals, auf den Resten des deutschsprachigen Territoriums einen eigenen Staat zu bauen. So einhellig viele in diesem Zweifel waren, so unterschiedlich waren die Motive dafür. Die einen erhofften einen Anschluss an Deutschland und damit die endgültige Wiederherstellung des alten Reichsgedankens einer einheitlichen deutschen Nation. Die anderen sahen darin die Chance, ihren Traum von der Herrschaft der arbeitenden Klassen zu erfüllen.

Es ist natürlich leicht, mit dem heutigen geschichtlichen Wissen diese Anschlussideen von damals zu beurteilen oder zu verurteilen. Aber wenn wir dieser Ereignisse von 1918, wenn wir derer heute gedenken, gehört es auch dazu, dass wir uns der damaligen Sicht der Dinge, der Wünsche und Hoffnungen erinnern. Ohne gegenseitige, aber auch ohne einseitige Beschuldigung jener, die damals so gedacht haben. Denn es kann kein würdiges Gedenken ohne faires Erinnern geben.

Die Zweifel an der Lebensfähigkeit des österreichischen Staates spiegeln sich leider auch in der Österreichischen Bundesverfassung von 1920 wider. Sie ist nicht gerade vom Geist einer selbstbewussten nationalen Gemeinschaft getragen. Das zeigt sich, wie schon Hans Kelsen in seinem Kommentar festgestellt hat, zum Beispiel auch darin, dass es im Unterschied zur amerikanischen, schweizerischen oder der deutschen Verfassung in der österreichischen Verfassung keinerlei feierliche Eingangsformeln gibt und übrigens bis heute auch keinen Katalog der Grund- und Freiheitsrechte.

Dies ist in zweifacher Hinsicht bedauerlich: Zum Einen hätte eine solche Eingangsformel den unverbrüchlichen und gemeinsamen Willen zum österreichischen Staat zum Ausdruck bringen können. Zum Anderen vor allem auch deshalb, weil eine solche Eingangsformel die Bedeutung der österreichischen Länder als Bestandteil des neuen

Staates gebührend erwähnt hätte. Denn im Vorwurf unserer Verfassung hätte diese Präambel noch wie folgt gelautet. Ich zitiere: „Kraft des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes, seiner geschichtlich gewordenen Glieder und mit feierlicher Verwahrung gegen jede zeitliche Schranke, die der Ausübung dieses umfassenden Rechtes gesetzt ist, vereinigen sich die selbständigen Länder der Republik Österreich zu einem freien Bundesstaat unter dieser Verfassung.“ Ende des Zitates.

Zu einer solchen Erklärung ist es leider nie gekommen. Übrig blieb lediglich die Feststellung im Artikel 2 unserer Verfassung, dass die Republik aus den selbständigen neun Bundesländern gebildet wird. Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich diese Selbständigkeit unserer Bundesländer rein rechtlich gesehen letztlich daran misst, was die Verfassung den Ländern als Eigenverantwortung tatsächlich zuerkennt. Und das ist bekanntlich, verglichen mit anderen föderalen Staaten, nicht gerade viel.

Soweit der Rang der Länder aus einer rein rechtsdogmatischen Betrachtungsweise. Ein ganz anderer Aspekt ergibt sich aber aus der historischen Betrachtung der Jahre 1919 und danach. Sie zeigt uns auf der einen Seite einen Staat, den viele nicht wollten und an den Politiker aus ganz unterschiedlichen Richtungen nicht glaubten. Und sie zeigt uns auf der anderen Seite Länder mit einer Jahrhunderte alten Tradition und Geschichte, die ihre Lebensfähigkeit längst bewiesen haben und die allesamt bereit waren, diesen neuen Staat zu bilden und zu tragen.

Es sind übrigens genau jene österreichischen Bundesländer, die nach schweren und bitteren Jahren unserer Geschichte, Jahrzehnte später hier, wie Stefan Karner so treffend gesagt hat, in diesem geschichtsträchtigen Saal zusammen gekommen sind und neuerlich ein Ja zum Staat Österreich gesprochen haben.

Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Österreich eine unbestrittene nationale Einheit und ist die nationale Einheit Österreichs unbestritten. Es ist die Einigkeit der Länder und die Einheit Österreichs wird von diesen Ländern getragen und geprägt. Denn diese nationale Einheit, diese österreichische Nation ist kein Gebilde im luftleeren Raum. Sie wird nach wie vor, so wie es in unserer Verfassung steht, aus neun selbständigen Bundesländern gebildet. Und dieses Österreich ist, wie es ebenso in der Verfassung steht und durch eine Volksabstimmung bestätigt wurde, ein Teil des europäischen Staatenbundes der Europäischen Union.

Das Österreich, das hier vor 90 Jahren begründet wurde, ist eines der gelungensten Beispiele, wie sich die Nationalstaatsideen des 19. Jahrhunderts zu Gemeinschaften entwickelt haben, die die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger bestmöglich erfüllen. Was aber sind diese Bedürfnisse, die uns heute erwarten? Es ist vor allem der Wunsch, in Sicherheit und Wohlstand zu leben und dabei ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und individueller Entfaltungsmöglichkeit für sich in Anspruch nehmen zu können. Diese Bedürfnisse ließen sich niemals in einer einzigen Gemeinschaft verwirklichen. Vor 90 Jahren nicht und heute schon gar nicht.

Sie brauchen nämlich eine Vielzahl von sozialen Gemeinschaften. Von der Geborgenheit einer Familie über die Daseinsvorsorge in den Dörfern, in den Gemeinden und in den Städten, in den Regionen und Ländern. Von der persönlichen Sicherheit und dem sozialen Schutz, den nur ein staatliches Gebilde ausreichend gewähren kann bis zu den internationalen Zusammenarbeitsmöglichkeiten. Ohne die eine Bändigung auch wirtschaftlicher Entwicklungen, so wie wir das gerade in der Gegenwart erleben, und das friedliche Zusammenleben der Völker nicht zu bewältigen wäre.

Wer glaubt, ohne diese internationale Zusammenarbeit auskommen zu können, wie wir sie in der Europäischen Union schon seit längerem praktizieren, befindet sich ebenso auf dem falschen Weg wie jene, die Kinder ohne Eltern aufziehen wollen, für öffentliche Dienstleistungen auf Gemeinden verzichten wollen und ohne Länder auskommen zu können glauben.

Denn alle diese sozialen Einheiten sind mehr als nur betriebswirtschaftliche Kostenfaktoren. Das Ganze kann nur dann mehr wert sein als die Summe seiner Teile, wenn das Ganze den Wert jedes dieser Teile erkennt, nutzt und auch respektiert. Dabei muss freilich auch eines klar sein: Jede Kooperation zwischen Staaten oder regionalen Gemeinschaften ist genauso ein Geben und Nehmen wie die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Personen.

Gleiches gilt freilich für die kleinen sozialen Einheiten. Auch hier ist es ein Irrweg, zu glauben, dass man mit einem zentralen Wohlfahrtsstaat das Auslangen finden könne. Dass man alles von zentralen Organisationen steuern könne. Von der Versorgung mit kommunalen Leistungen bis zur Betreuung von Kindern und alten Menschen. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann es nicht heißen, Österreich oder die EU, sondern nur Österreich und die Europäische Union!

Ebenso wenig wie es heißen kann, Österreich anstatt der Länder und Gemeinden, sondern nur Österreich mit seinen Ländern und Gemeinden. Diese Zusammenhänge sind gewiss nicht immer so einfach zu erklären wie populistische Deutungen dies nur zu gerne suggerieren und auch praktizieren. Einfache Denkmuster und Erklärungen müssen nicht immer die richtigen sein. Das ist es was wir aus der Geschichte auch lernen sollten. Und warum ein Tag wie dieser über die Feierlichkeiten hinaus seinen Sinn und seinen Wert behält.

Es hat schon einen guten Grund, warum die österreichischen Landtagspräsidenten über die Grenzen dreier politischer Parteien hinweg beschlossen haben, diese Veranstaltung gemeinsam durchzuführen. Denn die Initiative zur Gründung der Republik Österreich ging von den Abgeordneten aus. Und damit kommen wir zu einem weiteren Punkt, den wir anlässlich des heutigen Festtages nicht aus den Augen verlieren sollten.

Die komplizierten Abläufe einer modernen Verwaltung und die Regierungspolitik unserer Zeit stellen die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit parlamentarischer Strukturen bisweilen gefährlich in Frage. Wozu ein Parlament, wenn die wichtigen und oft auch schwierigen Entscheidungen ja doch in den Regierungen fallen? Warum nicht gleich die Regierung direkt wählen, dann könnte man sich die Landtage gleich sparen? Wer so denkt, übersieht eigentlich die wesentliche Aufgabe eines Parlamentes. Diese Aufgabe besteht in erster Linie nicht im Abnicken von Regierungsvorlagen. Sie liegt heute mehr denn je darin, die Stimme des Volkes zu repräsentieren. Und das heißt, auch wenn es pathetisch klingen mag, die Meinung der Menschen zum Ausdruck zu bringen. Und zwar in dem Staat, in dem Land, in der Gemeinde um die es geht.

Und unser erster und wichtigster Auftrag ist daher die Artikulierung der Bürgermeinung. Und das nicht nur im Landtag, sondern jeden Tag. Die Bürger bezahlen für ihre Regierung und ihre Verwaltung. Sie wollen, dass sie effektiv arbeitet, effizient funktioniert. Und dazu gehört auch deren Kontrolle mit Hilfe geeigneter Einrichtungen. Und wenn ein Parlament diese Aufgabe nicht mehr erfüllt, dann stellt es sich tatsächlich selbst in Frage. Als Volksvertreter ist es aber genauso unsere Pflicht, immer wieder über den Tag hinaus zu denken. Und daher ist es richtig, dass speziell wir als Repräsentanten der österreichischen Landesparlamente uns an diesem Vorabend des 21. Oktober an die damaligen Vorgänge in diesem Haus erinnern. Es waren Abgeordnete und nicht Regierungsvertreter, die damals zusammen gekommen sind um über das Schicksal dieses neuen, klein gewor-

denen Österreich zu beraten und mutig Entscheidungen zu treffen. Diese Abgeordneten waren völlig unterschiedlicher ideologischer Prägung und politischer Auffassung. Sehr viel unterschiedlicher als die politischen Fraktionen unserer Tage in Wahrheit sind. Und dennoch waren diese Abgeordneten fähig und willens, in der für das Land entscheidenden Frage eines Bestandes und seiner zukünftigen Führung in ganz kurzer Zeit einen einheitlichen Beschluss zu fassen.

Wenn wir vergleichen müssen wir feststellen: Damals große ideologische Differenzen, aber gemeinsamer Wille. Heute vergleichsweise geringe politische Auffassungsunterschiede, aber bisweilen doch wenig Bereitschaft zu gemeinsamen, notwendigen Erneuerungen. Dieser Unterschied, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte uns zu denken geben. Ich meine hier insbesondere auch das Thema der Staats- und Verwaltungsreform. Ihre Notwendigkeit zieht sich in diesem Land eigentlich durch wie ein roter Faden. Niemand zieht das in Zweifel. Aber am Willen zu gemeinsamen Ergebnissen fehlt es ganz offenkundig.

Monate lang hat ein Verfassungskonvent getagt ohne dass sich die in diesem Konvent vertretenen politischen Parteien auf einen auch nur grundsätzlichen Kompromiss hätten einigen können. Vielleicht wäre es daher anlässlich des heutigen Gedenkens auch überlegenswert, so wie damals die gewählten Abgeordneten aus allen deutschsprachigen Ländern hier im Landhaus zur Gründungssitzung eines neuen Staates zusammen kamen, könnten sich nicht heute wiederum die gewählten Abgeordneten der österreichischen Länder aufmachen, also die Landtagsabgeordneten, um das auf Grund gelaufene Schiff Verfassungsreform wieder flott zu machen?

Vielleicht sind die viel geschmähten Landtage, in denen Vertreter aller parlamentarischen Fraktionen zusammen arbeiten und unter denen viele Bürgermeister die kommunalen Probleme aus der Praxis kennen, vielleicht sind diese eher geeignet, die notwendigen Reformen anzugehen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die in die Landtage gewählten Parlamentarier sind nahe genug an den Bürgern und Wählern um sich der Dringlichkeit dieser Aufgabe bewusst zu sein.

Wenn man daher hier und da hört, die Länder würden die Verfassungs- und Verwaltungsreform blockieren, dann können damit jedenfalls nicht die Landtage gemeint sein – ganz im Gegenteil! Gerade die Konferenz der Landtagspräsidenten war es, die trotz deutlicher Unterschiede in politischen Sachfragen gemeinsame Vorschläge für eine Ver-

fassungsreform erarbeitet und diese den wechselnden Bundesregierungen immer wieder präsentiert hat. Vielleicht gelingt es uns daher auch heute wieder, zwischen den inhaltlichen Differenzen und den Erfordernissen des gemeinsamen Ganzen zu unterscheiden und einen neuen Anlauf für wichtige, grundlegende Reformen zu starten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Geburtstag unserer Republik muss uns nicht zuletzt Anlass geben, auch in die Zukunft zu schauen und uns mit der Fortentwicklung unserer Demokratie zu befassen. Insbesondere die politische Bildung der kommenden Generationen muss uns dabei ein wichtiges Anliegen sein. Nicht so sehr wegen der Herabsetzung des Wahlalters. Nicht wegen aktueller demokratiepolitischer Verdrossenheit der Jugendlichen, wie sie uns Meinungsforscher darstellen. Nicht wegen undemokratischer Neigungen wie sie manche Medienmacher auch unterstellen. Sondern vielmehr deshalb, weil im Wissen der Jugend über die Demokratie heute das Wesen der Demokratie von morgen bestimmt wird. Nur wenn wir der Jugend das Wissen um politische Zusammenhänge vermitteln, kann sie ein Bewusstsein für den Wert unserer demokratischen Werte entwickeln. Nur wenn die Jugend den Wert unserer demokratischen Gesellschaft spürt und erlebt, kann sie Bedrohungen und Gefährdungen erkennen, einschätzen und auch abwehren.

Wir wissen um das demokratische Erbe, das wir übernommen haben. Und wir müssen uns die Frage stellen, tun wir alles um dieses Erbe und das Wissen darum verantwortungsvoll weiter zu geben? Wir müssen heute vor allem die jungen Menschen von einer Demokratie überzeugen, die ihnen selbstverständlich geworden ist. Dabei geht es vor allem um die Qualität der Demokratie. Nämlich erstens um die Qualität der Demokratie am Beispiel der Partizipation. Direkte und indirekte Demokratie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen sinnvoll miteinander verknüpft und verbunden werden. Direkte Demokratie ist überall dort zweckmäßig und mitunter auch notwendig, wo die Menschen auch emotional für ein Ziel gewonnen werden sollen.

Zweitens die Qualität der Demokratie am Beispiel Dezentralisierung. Nur eine dezentrale Gesetzgebung und Verwaltung kann als demokratische Qualität erlebt werden. Je größer die administrative Einheit umso weniger zählt die Stimme des einzelnen Menschen.

Und drittens die Qualität der Demokratie am Beispiel Regelungsichte. Das Rechtsstaatsgebot ist ein Wesenselement einer qualitätsvollen Demo-

kratie. Aber eine Überfülle von Normen kann das Gegenteil von dem bewirken was wir wollen, wenn sie nämlich die Freiheit der Menschen in einem Maß einschränkt, das als nicht mehr demokratisch erlebt wird.

Viertens die Qualität der Demokratie am Beispiel der politischen Kultur. Das Bewusstsein der eigenen politischen Werte und Anschauungen und das mutige und offene Bekenntnis dazu ist Voraussetzung zu einer demokratischen Kultur. Aber der gegenseitige Respekt davor genauso. Das gilt für Inhalt und Stil jeder politischen Auseinandersetzung.

Fünftens die Qualität der Demokratie am Beispiel der Humanität. Ohne humane Werterhaltung, ohne soziale Gesinnung, ohne Pflichtbewusstsein, ohne kreativen Gestaltungswillen, ohne das Wissen über den Wert der menschlichen Freiheit kann eine Demokratie qualitativ nicht bestehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Perspektiven der demokratischen Entwicklung waren in den Jahren 1918 und danach sehr vielschichtig. Sie sind es aber auch heute. Was unsere politischen Vorväter geleistet haben, aber auch was sie unterlassen haben, wo sie mutig für das Zustandekommen unserer Republik gewirkt haben, aber auch wo sie im Eifer ihre eigenen Ziele verfehlt haben. Beides kann uns heute helfen, den richtigen Weg zu gehen und die richtigen Weichen zu stellen. Für eine Demokratie, deren Qualität sich im historischen Rückblick einmal erweisen will und deren Qualität sich im täglichen Leben der Menschen bewähren muss.

So sollte uns dieser heutige Tag des Gedenkens nicht nur ein Tag der Erinnerung an historische Stunden sein, sondern ein Ansporn für die zukünftige Arbeit im Dienste der Republik Österreich, im Dienste unserer Bundesländer. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Mag. Richard Grasl: Danke schön Herr Landtagspräsident Ing. Hans Penz. Der angekündigte Hinweis zur Festschrift zum Abschluss dieser Festveranstaltung, meine Damen und Herren. In dieser eigens für diese Veranstaltung aufgelegten Festschrift finden Sie Beiträge der einzelnen Landtagspräsidenten, die Mitglieder der damals hier im NÖ Landhaus zusammen gekommenen Reichsratsabgeordneten mit den Lebensläufen dazu, eine kurze Geschichte der einzelnen Bundesländer, Ansichten der österreichischen Bundesländer von damals und jetzt, und auch das wörtliche Protokoll der damaligen Sitzung der provisorischen Nationalversammlung vom 21. Oktober 1918. Diese Festschrift, meine Damen und Herren, wird Ihnen beim Hinausgehen zum Buffet überreicht werden, jedem von ihnen. Zu diesem Buffet lädt Sie der NÖ Landtagspräsident Ing. Hans Penz. Ich darf zum Abschluss das Quintett der Polizeimusik um die Österreichische Bundeshymne bitten. Und ich verabschiede mich, meine Damen und Herren, wünsche noch einen angenehmen Abend in diesen historisch so bedeutsamen Räumlichkeiten im Niederösterreichischen Landhaus. Danke schön! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Bundeshymne

(Ende der Sitzung um 20.45 Uhr.)